

# Vogtletter

## In dieser Ausgabe:

Der designierte SPD-Partei-vorsitzende **Franz Müntefering** begeisterte mit seinem Auftritt in **Posseck** mehr als 1000 Gäste beim SPD-Einheitsfest. Mehr auf der zweiten Seite.

Außerdem geht es dort um das **"Stabilitätspaket 2009"**, welches der Koalitionsausschuss unlängst beschlossen hat.

Den **stillen Tod der liberalen Marktfeischisten** vor dem Hintergrund der Finanzkrise konstatiert Rolf Schwanitz in seinem Kommentar auf Seite 2.

Die **zukünftige Finanzierung der Krankenhäuser** wird in einem Artikel auf Seite 3 behandelt. Außerdem gibt es hier einen Bericht von der letzten **Berlinfahrt**.

Zukünftig wird es **mehr TV-Übertragungen aus dem Bundestag** geben. Mehr Informationen dazu auf Seite 4. Darüber hinaus geht es hier um den **Wegfall der Altergrenze bei niedergelassenen Ärzten**.

Auf der letzten Seite ist das **mögliche Werbe- und Sponsoringverbot für Bier** Thema. Und die **frechen Strolche** diskutieren über die **Promidichte beim SPD-Einheitsfest in Posseck**. Auch die Termine der nächsten **Bürgersprechstunden** sind wieder auf Seite 6 zu finden.

## 10 Jahre Mitglied der Bundesregierung Rolf Schwanitz auf besonderem Weg



Gerhard Schröder und Rolf Schwanitz im Bundesrat

**Vogtletter (VL) im Interview mit Rolf Schwanitz anlässlich seiner zehnjährigen Mitgliedschaft in der Bundesregierung**

**VL:** Der 27. Oktober markiert für Sie ein besonderes Ereignis. An diesem Tag vor 10 Jahren wurden Sie zum ersten Mal in ein Regierungsamt der Bundesregierung berufen!

**Schwanitz:** Ja, es ist schon unglaublich, wie die Zeit vergeht.

**VL:** Wo fand das damalige Ereignis eigentlich statt?

**Schwanitz:** Das war noch im alten Bundeskanzleramt in Bonn, genauer gesagt im früheren Arbeitszimmer von Helmut Kohl.

**VL:** Wie kam denn das?

**Schwanitz:** Nun, ganz einfach. Die SPD hatte im September 1998 die Bundestagswahl gewonnen. Es gab eine neue rot-grüne Mehrheit im Parlament. Der Sitz von Parlament und Regierung war damals noch Bonn am Rhein. Der Bundestagspräsident hatte am 27. Oktober 1998 den neuen Bundeskanzler vereidigt. Gemeinsam mit Gerhard Schröder und

Frank-Walter Steinmeier betrat ich kurze Zeit danach zum ersten Mal das Kanzleramt.

**VL:** Wie lief das damals ab, wie muss man sich das vorstellen?

**Schwanitz:** Das war schon eine Begegnung der besonderen Art. Wir gingen unspektakulär zu Fuß vom Parlament zum Kanzleramt. Im Eingangsbereich wurden von Kohl und Schröder kurze Begrüßungsreden gehalten. Ich sehe noch heute die in Tränen aufgelöste Büroleiterin von Helmut Kohl, Juliane Weber, vor mir. Dann ging's nach oben ins Kanzlerzimmer zur Büroübergabe, und kurz danach wurde ich vom neuen Bundeskanzler vereidigt. So fing alles an.

**VL:** In diesen 10 Jahren haben Sie drei unterschiedliche Regierungsfunktionen übernommen. Worin bestanden sie genau?

**Schwanitz:** Von 1998 bis zum Regierungswechsel 2005 war ich Staatsminister bei Bundeskanzler Gerhard Schröder im Kanzleramt. Die ersten vier Jahre davon zuständig als Ostbeauftragter für alle mit dem Aufbau Ost zusammenhängenden Fragen. Ab 2002 habe ich im Kanzleramt die Bund-Länder-Beziehungen übernommen. Seit 2005 arbeite ich als Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt.

*Weiter auf Seite 5.*

## Gesetzliche Grundlage für Mindestlöhne

In dieser Woche beriet der Deutsche Bundestag in erster Lesung über das Arbeitnehmer-Entsendegesetz sowie das Mindestarbeitsbedingungengesetz. Mit diesen beiden Gesetzentwürfen der Bundesregierung soll eine gesetzliche Grundlage für branchenbezogene Mindestlöhne in Deutschland geschaffen werden. Wenn die Tarifbindung eines Wirtschaftszweiges bundesweit oder regional mehr als 50 Prozent beträgt, gilt das Arbeitnehmer-Entsendegesetz. Liegt die Tarifbindung der Branche unter 50 Prozent, gilt das Mindestarbeitsbedingungengesetz. Mindestlöhne sollen damit in jeder Branche entweder auf der Grundlage des einen oder des anderen Gesetzes festgelegt werden können. Es wird also keine "weißen Flecken" geben, bei denen ein Mindestlohn nicht möglich ist. Bisher gilt ein Mindestlohn nach dem Arbeitnehmerentsendegesetz nur für das Baugewerbe, die Gebäudereiniger und die Briefdienstleister.



© Paul-Georg Meister/PIXELIO

# Müntefering sorgte für volles Zelt beim SPD-Einheitsfest in Posseck



Im Vogtland feiert die SPD den Tag der deutschen Einheit schon traditionell in Posseck an der heutigen Landesgrenze zu Bayern. Denn hier setzten die Menschen gemeinsam mit den benachbarten Regnitzlosauern bereits Ende 1989 einen freien Grenzübergang durch. Für die beiden SPD-Ortsvereine Posseck und Regnitzlosau genau der richtige Ort, um die deutsche



Einheit gebührend zu feiern.

Am 4. Oktober war es in diesem Jahr wieder soweit. Die "Dreiländereck Musikanten" spielten auf, die Würstchen vom Grill schmeckten gut, und es floss reichlich Bier durch den Zapfhahn. Trotz des schlechten Wetters fanden über tausend Menschen in das große SPD-Festzelt. Kein Wunder, war doch als Hauptredner der designierte SPD-Parteivorsitzende Franz Müntefering angekündigt. Ihm gefällt der Volksfestcharakter der Veranstaltung an der ehemaligen Grenze offenbar, denn er fand schon zum dritten

Mal den Weg zum SPD-Einheitsfest nach Posseck. Als "Einheizer" für "Münte" agierte Rolf Schwanitz, der mit einem kurzen Auftritt und einer scharfen Kritik an



den Konservativen viel Applaus fand. Müntefering selbst befasste sich anschließend mit dem aktuellen Zustand des Landes. Er betonte, dass die Menschen nicht für die Wirtschaft da sind, sondern die Wirtschaft für den Menschen. Deswegen muss es Regeln geben. Nachdem einige Banken nicht mit dem Geld umgehen können, müssen nach seiner Ansicht diese Regeln weltweit vereinbart werden. Damit traf er den Nerv der vielen Gäste, denn die Zuhörer bekundeten ihre Begeisterung mit lauten Bravo-Rufen und stehenden Ovationen am Ende seiner Rede.

## Kurz kommentiert

### Der stille Tod der liberalen Markt fetischisten

Diese Tage und Wochen sind an Spannung kaum überbietbar. Die amerikanische Immobilienblase ist geplatzt. Banker und Manager, sonst gern elitär und wissend, haben sich eine blutige Nase geholt. Und das bis in die sächsische Provinz. Eine veritable Finanzkrise rollt rund um den Globus, und das einzige was bleibt, ist die Politik. Staatliche Rettungspakete und Bestandsgarantien sind gefordert, werden beschlossen und international koordiniert. Wo sind jetzt eigentlich die liberalen Markt fetischisten abgeblieben? Jene, die stets und immer auf die alleinigen Heilungskräfte des Marktes setzten, staatliche Regulierung, wie von der SPD gefordert, verabscheuten, als Teufelszeug und Bürokratismus pur diffamierten. Ich habe sie noch im Ohr, jene Rufe, die die beitragsfinanzierte Krankenversicherung abschaffen und durch ein Kapitaldeckungssystem ersetzen wollten. Oder jene, die das Sicherungssystem bei der Riester-Rente als bürokratisches Monster diffamierten. Sie sind verschwunden, denn sie starben einen stillen Tod im Schatten der jüngsten Ereignisse. Wir sind gespannt, ob man wirklich dazulernt.

Rolf Schwanitz



## Stabilitätspaket 2009

Der Koalitionsausschuss hat in seiner letzten Sitzung ein "Stabilitätspaket 2009" vorgeschlagen. Kernstück sind dabei insgesamt stabile Lohnnebenkosten und zielgerichtete Hilfen für Familien und Geringverdiener. So werden die aufgrund der besseren Bezahlung der Arbeit im Krankenhaus und der niedergelassenen Ärzte steigenden Krankenkassenbeiträge durch eine Absenkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags kompensiert. Familien werden durch eine Kindergelderhöhung und das Schulmittelbedarfspaket gefördert. Die Erhöhung des Wohngelds wird auf den 1. Oktober 2008 vorgezogen, und der Steuerabzug von Krankenversicherungsbeiträgen wird deutlich verbessert. Die Steuerzahler werden durch diese Maßnahme ab 2010 um 8 bis 9 Mrd. Euro entlastet. Das komplette Ergebnis der Sitzung des Koalitionsausschusses ist unter [www.rolf-schwanitz.de](http://www.rolf-schwanitz.de) zu finden.

## Einigung bei der Krankenhausfinanzierung



© Gerald Altmann/PIXELIO

Bund und Länder haben sich auf die zukünftige Finanzierung der Krankenhäuser geeinigt. Grundsätzlich soll die neue Investitionsfinanzierung für die Krankenhäuser über Investitionspauschalen erfolgen. Bund und Länder entwi-

ckeln diese gemeinsam nach einheitlichen Grundsätzen bis Ende 2009 und führen sie bis 2012 ein. Länder können aber auch am alten System der Einzelfallförderung festhalten. Soweit die Mehrkosten durch die jüngste Tarifrunde in den Krankenhäusern noch nicht durch höhere Zahlungen nach bereits geltendem Recht gedeckt sind, sollen 50 Prozent der verbleibenden Mehrkosten von den Krankenkassen finanziert werden. Das

gibt Krankenhäusern mehr Bewegungsspielraum als heute. Außerdem kommt das Programm zur Einstellung von 21.000 zusätzlichen Pflegekräften in Krankenhäusern endlich auf den Weg. Damit wird eine gute Versorgung in den Kran-

kenhäusern auch in Zukunft gesichert.

Mit der Aufgabe der Blockade durch die unionsgeführten Länder wurde zudem der Weg dafür freigemacht, dass der Finanzbedarf der Krankenhäuser bei der Festlegung des allgemeinen Beitragssatzes Berücksichtigung finden konnte. Nach Ansicht von Rolf Schwanitz beginnt mit der Einigung eine neue Zeit im Bereich der Krankenhaus-Investitionen. Er sagte: "Die Sicherung der wirtschaftlichen Zukunft der Krankenhäuser ist eine entscheidende Voraussetzung für eine gute Versorgung der Patienten. Der Abwärtstrend beim Pflegepersonal muss gestoppt und wieder mehr Krankenschwestern und -pfleger eingestellt werden. Dies wird mit der Einigung möglich."

## Kurz gemeldet

### Vergleichbares Beschäftigungsmodell möglich

Trotz des geplanten Wegfalls von ABM für Empfänger von Leistungen nach dem SGB II ist ein vergleichbares Beschäftigungsmodell auch künftig möglich. Dies stellte Rolf Schwanitz in einem Schreiben an die Arbeitsloseninitiative Sachsen klar. Danach lässt sich die bisherige Beschäftigung über ABM vollständig und unter erleichterten Bedingungen durch das Instrument Arbeitsgelegenheit in der Entgeltvariante ersetzen. Diese Förderung lässt es rechtlich sogar zu, Aufgaben zu übernehmen, die nicht – wie bei ABM – im öffentlichen Interesse liegen und zusätzlich sind. Zudem ist die Förderhöhe ebenso wie die Laufzeit gesetzlich nicht bestimmt. Auch eine Einschränkung auf Zielgruppen und Regionen besteht nicht. Nach Ansicht von Schwanitz kann deshalb von einer deutlichen Einschränkung bei den arbeitsmarktpolitischen Instrumenten nicht die Rede sein.

### Demokratiepreis 2008

Die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag wird in diesem Jahr wieder einen Demokratiepreis verleihen, der mit 3000 Euro dotiert ist. Die Ausschreibung richtet sich an alle, die sich engagiert der Vermittlung und Förderung des interkulturellen Dialogs verpflichtet fühlen. Vorschläge und Bewerbungen können formlos mit einer Kurzbeschreibung bis zum 3. November an die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag, Kennwort: Demokratiepreis 2008, Bernhard-von-Lindenau Platz 1, 01067 Dresden, gesandt werden. Die Preisverleihung wird im Dezember diesen Jahres stattfinden.

## Politische Bildung in der Hauptstadt

Anfang Oktober hatte Rolf Schwanitz wieder einmal nach Berlin eingeladen. Zu den Gästen in der Hauptstadt gehörten dieses Mal aktive Wahlkämpfer der zurückliegenden Kommunalwahlen, Schüler der Hansa-Handelsschule Reichenbach, die Sieger des diesjährigen Juso-Beach-Volleyball-Turniers und Mitglieder des Vogtlandkreisjugendrings. Wie immer gab es ein umfangreiches Programm. Am ersten Tag ging es zunächst in die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, vormals Zentrale Untersuchungshaftanstalt der Stasi. Am zweiten Tag lernten die Besucher während einer Stadtrundfahrt die wichtigsten Sehenswürdigkeiten der Hauptstadt kennen. Im Gesundheitsministerium wurde danach eifrig über das System der gesetzlichen Krankenversicherung disku-

tiert. Dabei ging es vor allem um die Frage, ob alles, was medizinisch möglich ist, auch sinnvoll sei. Weiter ging es ins Willy-Brandt-Haus. Hier waren gerade die Vorbereitungen für die Präsentation des neuen Buches von Bundesumweltminister Siegmund Gabriel im Gange. Trotzdem nahm man sich Zeit, um den Gästen das Haus zu zeigen und mit ihnen über die aktuelle SPD-Politik vor allem in Ostdeutschland zu diskutieren. Höhepunkt der Reise war am dritten Tag der Besuch des Reichstages. Nach einem Vortrag über die Aufgaben und die Arbeitsweise des Deutschen Bundestages

traf die Besuchergruppe mit ihrem Abgeordneten Rolf Schwanitz zusammen. Die angesprochenen Probleme reichten hier von der internationalen Finanzmarktkrise über Kinderbetreuung und Bildungssystem bis zur Organisation der Abgeordnetenarbeit in Fraktionen und Ausschüssen. Auf der Heimfahrt waren sich alle Reiseteilnehmer einig: Es waren drei erlebnisreiche und informative Tage in Berlin.



Unter der Reichstagskuppel

# Altersgrenze für Ärzte entfällt

Der Deutsche Bundestag verabschiedete heute das Gesetz zur Weiterentwicklung der Organisationsstrukturen in der gesetzlichen Krankenversicherung. Damit sind alle Krankenkassen ab 2010 insolvenzfähig. Bisher galt dies noch nicht für alle landesunmittelbaren Krankenkassen. Um einer Insolvenz oder Schließung vorzubeugen, enthält das Gesetz verschiedene Regelungen über Finanzhilfen innerhalb des Krankenkassensystems. Außerdem entfällt die bisherige Haftung der Länder für Versorgungsansprüche von Mitarbeitern der landesunmittelbaren Krankenkassen. Die Kassen werden dafür verpflichtet, für ihre Versorgungszusagen ein ausreichendes Deckungskapital zu bilden. Mit dem Gesetz wird darüber hinaus die Altersgrenze für niedergelassene Ärzte abgeschafft. Bisher endete mit der Vollendung des 68. Lebensjahres



Foto: DGK

die vertragsärztliche Tätigkeit, auch wenn die Nachfolge nicht geklärt war. Ab 2009 sollen Ärzte nun auch nach der Vollendung des 68. Lebensjahres weiter praktizieren können, wenn keine Nachfolge möglich ist. Das ist gerade für die unterversorgten ländlichen Regionen in Ostdeutschland wichtig, erklärte Rolf Schwanitz. Geklärt ist jetzt zudem die Ausgestaltung der Konvergenzregelung, wonach die Belastung ein-

zelner Länder bei der Einführung des Gesundheitsfonds bei jährlich 100 Millionen Euro gekappt wird. Früheren Vorschlägen aus der Wissenschaft, dafür Kürzungen bei den Länderkassen mit Mehreinnahmen vorzunehmen (so auch in Sachsen) hat das Bundesgesundheitsministerium abgelehnt. Die Gegenfinanzierung erfolgt nun aus Mitteln der Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds.

## Kurz gemeldet

### Gendiagnostikgesetz wurde beraten

Am Donnerstag beriet der Deutsche Bundestag in erster Lesung über das Gendiagnostikgesetz, an dessen Erarbeitung Rolf Schwanitz wesentlich beteiligt war. Ziel dieses Gesetzentwurfs ist es, die mit der Untersuchung menschlicher genetischer Eigenschaften verbundenen möglichen Gefahren von genetischer Diskriminierung zu verhindern und gleichzeitig die Chancen des Einsatzes genetischer Untersuchungen für den Einzelnen zu wahren. Vor dem Hintergrund der heutigen Möglichkeiten der Humangenetik ist nach Auffassung von Rolf Schwanitz ein besonderer Schutz der Persönlichkeitsrechte der Bürger erforderlich. Im Bundesrat wurde der Gesetzentwurf bereits in der letzten Woche beraten. Hier stellte der NRW-Minister für Bundesangelegenheiten, Andreas Krautscheid, fest, dass das Gendiagnostikgesetz ein gutes Gesetz ist, da es wichtig und richtig sei, dass niemand wegen seiner Gene diskriminiert werden darf.

# Mehr TV-Übertragungen aus dem Deutschen Bundestag

Nach intensiven Gesprächen zwischen dem Deutschen Bundestag, WDR und ZDF, werden die TV-Übertragungen aus dem Deutschen Bundestag auf dem Sender Phoenix ausgeweitet. Seit Oktober werden regelmäßig am Mittwoch die Befragung der Bundes-

regierung sowie die Aktuelle Stunde live übertragen. Die Fragestunde am Mittwoch, in der Rolf Schwanitz als Parlamentarischer Staatssekretär häufig Fragen der Abgeordneten beantwortet, wird auf ein Sendeformat von 30 Minuten verkürzt und nach der

Aktuellen Stunde ausgestrahlt. Donnerstags werden die Plenardebatten von 9 bis 20 Uhr live aus dem Plenarsaal übertragen. Zusätzlich gibt es eine Zusammenfassung der wichtigsten Debatten des Tages in der Sendung "Der Tag" zwischen 23 und 24 Uhr. Freitags sendet Phoenix zwischen 8 und 8.45 Uhr zunächst eine Zusammenfassung der Plenardebatten vom Vortag. Ab 9 Uhr erfolgt dann die Live-Übertragung aus dem Plenarsaal bis Ende des Sitzungstages. Wie bisher können die Debatten auch live im Internet unter [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de) verfolgt werden.

## Alltag vor 20 Jahren

### Zum vierten Mal fand der Tag des Wehrsports statt

Über 300 Jugendliche nahmen an den Wehrsportarten teil

Ende September fand der „4. Tag des Wehrsports“ der Stadt Plauen statt. Daran nahmen rund 300 Jugendliche aus den Polytechnischen Oberschulen und der Berufsausbildung teil. Zur Eröffnung wurde am Schießstand „Treffer“ eine neue Luftgewehrschießhalle mit 26 Bahnen ihrer Bestimmung übergeben. Als Beste wurden ermittelt: Wenzel-Verner-Oberschule im Militärischen Mehrkampf...

Quelle: Freie Presse, 20.10.1988



## 10 Jahre Mitglied der Bundesregierung – Rolf Schwanitz auf besonderem Weg (Teil 2)

**VL:** Lassen Sie uns etwas zurückschauen in diese drei unterschiedlichen Abschnitte. Was sind dabei für Sie die wichtigsten Ergebnisse gewesen?

**Schwanitz:** Die Zeit als Ostbeauftragter war für mich ebenso spannend wie arbeitsintensiv. Wir sind 1998 angetreten mit der Forderung nach einer Neuorientierung beim Aufbau Ost. Ich erinnere bloß an die verfehlte Politik der Abschreibungsruinen und an den Versuch aus dem südwestdeutschen Raum, die finanziellen Hilfen für den Osten zu beenden. Die Entscheidungen, die in meiner Zuständigkeit getroffen worden sind, markieren demgegenüber eine klare Wende der Politik zugunsten des Ostens.

**VL:** Woran machen Sie das fest?

**Schwanitz:** Wir haben nicht nur den ersten Solidarpakt bewahrt, sondern mit dem Solidarpakt II eine zweite nationale Kraftanstrengung für den Osten organisiert. Die finanziellen Hilfen reichen dadurch bis ins Jahr 2019 und machen klar, dass der Aufbau Ost eine Aufbauleistung von 30 Jahren, also einer ganzen Generation ist. Das war notwendig und eine glatte Kehrtwende gegenüber der kurzatmigen Aufbaupolitik der kohl'schen Zeit. Und auch die Förderprogramme für den Osten wurden ergänzt und erheblich modernisiert. Ich denke dabei zum Beispiel an die neuen Programme Stadtbau Ost und Soziale Stadt. Der Entwicklung vieler ostdeutscher Städte haben diese Programme neue und wichtige Impulse gegeben. Oder denken Sie an die Neuorientierung in der Forschungsförderung. In meiner Zeit als Ostbeauftragter haben wir umgestellt auf die Förderung von Innovationsnetzwerken und damit gerade kleineren Unternehmen neue Chancen gegeben. Ich erinnere nur an den InnoRegio-Wettbe-



**Rolf Schwanitz im Vermittlungsausschuss**  
© Deutscher Bundestag

werb. Oder denken Sie an das Sanierungsabkommen zu den Altstandorten der Wismut. Ich habe im Kanzleramt den jahrelangen Streit beendet und für die betroffenen Gemeinden im Erzgebirge und im Vogtland eine pragmatische Lösung gefunden, die noch heute trägt.

**VL:** Nach 2002 veränderte sich Ihr Aufgabenfeld im Kanzleramt. Worum ging es bei den sogenannten Bundesländer-Beziehungen bis 2005?

**Schwanitz:** Gesetze kommen in Deutschland in der Regel zustande, wenn sowohl der Bundestag als auch der Bundesrat diesen zustimmt. Deshalb braucht die Bundesregierung auch einen ständigen Vertreter im Bundesrat, der dort die Regierung vertritt und die Koordinierung der Regierung bei der Gesetzgebung in der zweiten Kammer übernimmt. Das ist seit Gründung der Bundesrepublik das Geschäft für einen Staatsminister im Kanzleramt, und genau das war meine Aufgabe ab 2002 bis zur vorgezogenen Neuwahl.

**VL:** Damit hatten Sie wohl ziemliches Neuland vor sich? Schließlich waren Sie die Jahre zuvor ausschließlich im Parlament tätig.

**Schwanitz:** Nicht ganz. Denn bis 1998 war ich für die SPD bereits mehrere Jahre Mitglied im sogenannten Vermittlungsausschuss, der in Streitfällen zwischen den beiden Kammern eingesetzt wird und

eine wichtige Rolle spielt. Dennoch habe ich in diesen drei Jahren sehr viel mehr an Wissen und Erfahrung gerade auch mit dem komplizierten deutschen Föderalismus gewonnen. Denn schließlich gehörten Verhandlungen mit den verschiedenen Ländern damals zu meinem täglichen Geschäft.

**VL:** Das klingt anstrengend, aber wenig spektakulär?

**Schwanitz:** Richtig ist, dass dieses Geschäft fast immer hinter verschlossenen Türen geschieht. Und hinzu kommt vor allem, dass damals noch richtig verhandelt werden musste.

**VL:** Wie meinen Sie das?

**Schwanitz:** Denken Sie an die Mehrheitsverhältnisse. Anders als heute musste die rot-grüne Bundesregierung ihre Gesetze in dieser Zeit immer gegen einen CDU-dominierten Bundesrat durchsetzen. Deshalb gehörten die Nachtsitzungen des Vermittlungsausschusses damals zu meinen wichtigsten Aufgaben. Das ist eine Situation, wie sie heute vom Kanzleramt nicht bewältigt werden muss.

**VL:** Seit 2005 sind Sie nun Staatssekretär bei Ulla Schmidt im Bundesgesundheitsministerium.

Was waren dort bisher Ihre Aufgaben?

**Schwanitz:** Einige Gesetze des Ministeriums wurden direkt unter meiner Federführung gemacht, zum Beispiel das Gewebegesetz, der Entwurf für ein Präventionsgesetz oder die neuen Regelungen zur Gendiagnostik. Natürlich habe ich mich auch besonders bei ostdeutschen Fragen eingebracht. So zum Beispiel bei Hilfen gegen den Ärztemangel, bei der Liberalisierung des Arztrechts und bei der Angleichung der Ärzehonorare in Ost und West.

**VL:** Herr Schwanitz, kommen wir zurück ins Vogtland. Sie sind nun seit 10 Jahren der Vogtländer mit dem höchsten Regierungsamt. Wird das so bleiben?

**Schwanitz:** Zunächst: Selbstverliebtheit und Eitelkeit waren nie meine Sache. Ein Politiker sollte nie vergessen, alle Ämter sind nur geborgte Macht auf Zeit. Wie das weitergeht, wird man sehen. Ob noch einmal ein Vogtländer den Weg ins Bundeskanzleramt schafft, weiß ich nicht, aber fürs Vogtland wäre das gut! Bedauerlich ist für mich jedoch etwas anderes: Nämlich, dass unsere Heimat in der sächsischen Staatsregierung noch nie vertreten war. Bei 18 Jahren CDU-Regierung im Land und Wahlergebnissen dieser Partei um die vierzig Prozent im Vogtland hätte da schon längst auch ein Vogtländer Minister werden müssen. Dass dies bisher nicht geklappt hat, ist bedauerlich.



**Ulla Schmidt und Rolf Schwanitz in Plauen**

Rolf Schwanitz MdB

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel: 030-22777937  
Fax: 030-22776937  
rolf.schwanitz@bundestag.de

Freiheitsstr. 13  
08523 Plauen  
Tel: 03741-134118  
Fax: 03741-708483  
rolf.schwanitz@wk.bundestag.de

**Sie finden mich auch  
im Internet:**

[www.rolf-schwanitz.de](http://www.rolf-schwanitz.de)

#### **Aus dem Terminkalender von Rolf Schwanitz:**

18.10.2008, 11 Uhr, SPD-Bundesparteitag in Berlin

19.10.2008, 9 Uhr, Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen in Plauen

24.10.2008, 18 Uhr, Nominierung des SPD-Kandidaten zur Bundestagswahl im Wahlkreis 167 (Vogtland)

28.10.2008, 13 Uhr, IHK Berufspower Vogtland

3.11.2008, 20 Uhr, Veranstaltung zum Gesundheitsfonds in Verden

4.11.2008, 10 Uhr, Arbeitsgruppe Gesundheit

5.11.2008, 9 Uhr, Gesundheitsausschuss

15.-16.11.2008, Landesparteitag der SPD-Sachsen in Burgstädt

#### **Die nächsten Bürger-sprechstunden:**

Klingenthal, Donnerstag, den 23.10.2008, 14 bis 15 Uhr, im Bürgerbüro Enrico Bräunig MdL, Kirchstraße 6

Auerbach, Donnerstag, den 23.10.2008, 16 bis 17 Uhr, im SPD-Büro, Breitscheidstr. 14

## Werbe- und Sponso- ringverbot für Bier?

In vielen Sportvereinen wird derzeit über ein mögliches Werbe- und Sponso- ringverbot für Bier diskutiert. Hintergrund dieser Spekulationen sind die im Sommer vom Drogen- und Suchtrat an die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Sabine Bätzing MdB, überreichten Empfehlungen für Aktionsprogramme zur Tabak- und Alkoholprävention. Diese Empfehlungen wurden in den vergangenen Monaten mit den betroffenen Verbänden und Wirtschaftszweigen erörtert. So gab es am 18. August 2008 ein Tref-



fen von Vertretern des DFB, der DFL und des DOSB mit der Drogenbeauftragten der Bundesregierung. Dabei war man sich einig, dass kein generelles Verbot der Werbung für Alkohol und des Sponsorings erfolgen soll, sondern Aufklärung und Prävention verstärkt werden müssen. Am 15. September 2008 hat eine Anhörung zu den Empfehlungen des Drogen- und Suchtrates für Nationale Aktionsprogramme zur Alkohol- und Tabakprävention stattgefunden. In der Anhörung trafen Vertreter aus dem Bereich der Alkohol- und Tabakindustrie, der Wer-

bewirtschaft, der gesetzlichen Krankenkassen, der kommunalen Spitzenverbände, der Deutschen Rentenversicherung Bund, der Sportverbände, der Länder und der Suchtprävention zusammen. In zwei Veranstaltungen zum Thema Alkohol und Tabak diskutierten die eingeladenen Teilnehmer ausführlich über die vorliegenden Empfehlungen. Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung wird in Auswertung der Anhörungen die Empfehlungen des Drogen- und Suchtrates nun überarbeiten und mit

den jeweils zuständigen Bundesministerien über die erforderlichen und politisch umsetzbaren Maßnahmen beraten. Dieser Abstimmungsprozess soll bis Ende des Jahres abgeschlossen werden. Ob dies gesetzliche Maßnahmen zur Folge hat und welchen Inhalt diese möglichen gesetzlichen Maßnahmen haben, ist nach Einschätzung von Rolf Schwanitz derzeit noch völlig offen. Schwanitz sieht einen hohen Handlungsbedarf in der Tabak- und Alkoholprävention. Ihm ist aber auch bewusst, dass durch ein generelles Verbot der Werbung für Alkohol und des

### Freche Strolche



He Maxe, weeste eischend- lich, wer heuer beim Tag der Deutsch'n Einheit den Promi-Wettbewerb gewon- ne hat?

Meenst Du de Veranstaltun- gen der SPD in Posseck un- der CSU in Mödlareuth Mo- ritz?

Klar Maxe, was'n sonst!

Na gewonne ham das dies- ma klar de Sozis Moritz. Bei der CSU war nur de dritte Garde da un der Hauptred- ner is drei Dach danach glei zurückgetrete. Un bei der SPD kam schließlich der Müntefering!

Des is alles richtig Maxe, awer entscheidend war des alles nich!

Wieso'n nich Moritz?

Na weil der Münte nich der größte Promi bei der SPD in Posseck war Maxe.

Nich? Wer war das denn dann Moritz?

Na der Bauer Bruno un sei Frau!

Sponsorings insbesondere tausende Amateurvereine in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht wären. Besonders lokale Brauereien unterstützen seit vielen Jahren gerade die Klubs und Mannschaften an der Basis. Deshalb hat er in einem Schreiben an die Sternquell-Brauerei kürzlich klargestellt, dass er sich vehement dafür einsetzen wird, dass keine gesetzlichen Regelungen getroffen werden, die das beispiellose Engagement der Sternquell-Brauerei für den regionalen Sport behindern.